

# Stadt Braunschweig

## Stellungnahme der Verwaltung

	<i>Fachbereich/Referat</i> Fachbereich 61, 0200	<i>Nummer</i> 8102/10
zur Anfrage Nr. 1380/10 d. Frau/Herrn/Fraktion DIE LINKE. vom 30.11.2010	Datum 06.12.2010	
	Genehmigung	
Überschrift <b>Soziale Stadt vor dem Aus?</b>	Dezernenten III	
Verteiler Rat	Sitzungstermin 14.12.2010 14:00	

### Anfrage:

„Vom Haushaltsausschuss des Bundestages wurde beschlossen, dass die Mittel für das Städtebauprogramm „Soziale Stadt“ von derzeit rund 100 Mio. Euro auf 28,5 Mio. Euro in 2011 gekürzt werden. Dazu wird die Braunschweiger SPD Politikerin Reimann in der BZ mit der Forderung nach Übernahme der wegbrechenden Bundesmittel durch Land und Stadt zitiert.

In 2010 sollen insgesamt 600.000 Euro für das Programmgebiet im westlichen Ringgebiet zur Verfügung gestanden haben.

Dazu wird die Verwaltung gefragt:

1. In welcher Höhe werden Bundesmittel – die vom Land und der Stadt um je ein Drittel aufgestockt werden – in 2011 erwartet?
2. Hält die Stadtverwaltung die Aufforderung von Frau Reimann auf Kostenübernahme für angebracht?
3. Welche Vorstellungen hat die Verwaltung zum weiteren inhaltlichen und zeitlichen Verlauf des Programmes „Soziale Stadt“ im westlichen Ringgebiet?“

### Stellungnahme der Verwaltung

#### Vorbemerkung

Im August 2010 wurde in einem Gespräch beim Sozialministerium deutlich, dass nur noch mit einer Förderung bis 2017 zu rechnen ist. Bei Hochrechnung der bisher bewilligten Mittel hätte sich daraus ein max. Fördervolumen von 19 - 20 Mio. € ergeben (inkl. der deutlich geringer anzusetzenden Einnahmen aus Ausgleichsbeträgen).

Durch die geplanten Einsparvorschläge und Reduzierung der Fördermittel für den Programmteil Soziale Stadt im Bundeshaushalt 2011 auf insgesamt nur noch 28,5 Mio. € (statt 94,9 Mio. € in 2010) wird die Situation für die Soziale Stadt-Gebiete schwieriger. Da in Niedersachsen die Förderrichtlinien bereits heute vor allem der Förderung von investiven Maßnahmen dienen, erfordern die Kürzungen im Förderprogramm Soziale Stadt für das Westliche Ringgebiet eine sorgfältige Prioritätensetzung, selbst wenn wieder mehr Bundesmittel ab 2012 bereitgestellt werden.

Für das Programmjahr 2010 wurden der Stadt Bundes- und Landesmittel in der Höhe von 600 000 € bewilligt. Hinzu kommt der Eigenanteil der Stadt in der Höhe von 300 000 €.

Zu 1.: Eine Aussage ist nicht möglich, da die Einplanungsgespräche beim Land erst im Dezember beginnen.

Zu 2.: Eine Kostenübernahme der Stadt und Finanzierung allein aus städtischen Mitteln bei Maßnahmen, die über die im Haushalt der zuständigen Fachstellen bereits veranschlagten Investitionsprogramme hinausgehen, im Sinne der Sozialen Stadt förderfähig sind und/oder bei denen die Eigentümer aufgrund der gesetzlichen Regelungen z. B. von Straßenausbaubeiträgen nicht herangezogen werden, ist aufgrund des Gleichbehandlungsgrundsatzes nicht vorgesehen.

Zu 3.: Die Sanierung in der „Sozialen Stadt“ Westliches Ringgebiet soll trotz der für 2011 geplanten Einschnitte bei den Bundesmitteln, in einem langsameren Tempo, weitergeführt werden. Viele Maßnahmen im privaten Bereich wie Modernisierung und Wohnumfeldgestaltung mit einem geringeren Förderbedarf sind aufgrund der Möglichkeit zur erhöhten steuerlichen Abschreibung bis zur Aufhebung des Sanierungsgebietes weiterhin möglich und zur Verbesserung der Wohnverhältnisse erforderlich und sinnvoll. Diese Maßnahmen wird die Stadt auch durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.

Die Stadt Braunschweig wird sich im Übrigen möglichst in Abstimmung mit den anderen Programmstädten und dem Land um eine Aufstockung der Fördermittel für die „Soziale Stadt“ bemühen.

I. V.

gez.

Sommer

Es gilt das gesprochene Wort !